

Jahresmedienkonferenz vom 3. Januar 2024

Zwei Hauptziele: Bessere Preise und Nein zur Biodiversitäts-initiative

*Referat von Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband
(es gilt das gesprochene Wort)*

Ich möchte zuerst einen Punkt aufnehmen und vertiefen, den meine Vorrednerin und mein Vorredner schon angesprochen haben. Die Produktionskosten sind für die Bauernbetriebe im Schnitt nach wie vor um 14 Prozent höher als im Dezember 2020. Im Zusammenhang mit dem Absenken von Pflanzenschutz und Nährstoffen sind die Anforderungen stark gestiegen. Diese führen speziell im Pflanzenbau zu Mindererträgen und Mehraufwänden, die auf keine Art entschädigt sind. Dazu kommen die wachsenden Probleme, die Kulturen gegen Schädlinge und Krankheiten zu schützen. Es stehen laufend weniger Mittel zur Verfügung und das Anbau-Risiko steigt. Das alles führt dazu, dass die pflanzlichen Kulturen an Attraktivität verlieren und die Flächen zurückgehen. Dabei wäre eigentlich das Gegenteil gewünscht. Nebenbei: Eine Erhöhung der Produzentenpreise in einen kostendeckenden Bereich wäre absolut möglich: Die Lebensmittelkosten sind zwischen Oktober 2021 und Oktober 2023 um 7.6 Prozent gestiegen, während sich die Produzentenpreise auf Stufe Landwirtschaft nur um 4.3 Prozent erhöhten. Ein zentrales Ziel unserer Arbeit in diesem Jahr ist es deshalb, für 2024 bessere Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zu erzielen.

Es zeigt sich in diesen Diskussionen sehr klar: Es reicht nicht, nur an der Landwirtschaft rumzuschrauben und diese zu optimieren. Es braucht auch Abnehmer, die bereit sind, besonders nachhaltig produzierte Lebensmittel zu kaufen! Und zwar zu einem höheren Preis als die Standardware. Aus diesem Grund ist es zentral, dass die nächste Agrarpolitik – die AP 2030 – dem vom Parlament geforderten Auftrag nach einer ganzheitlichen Ernährungspolitik gerecht wird. Es müssen alle Stufen der Wertschöpfungskette ihren Beitrag leisten, sonst gibt es keinen Wandel. Oder zumindest keinen Wandel, bei dem es noch Platz für eine einheimische Landwirtschaft hat.

Ein weiteres Ziel im neuen Jahr ist es, die Abstimmung über die Biodiversitätsinitiative zu gewinnen. Es gab ja noch einige Diskussionen um einen Gegenvorschlag und dem Bauernverband wurde Sturheit vorgeworfen. Doch Tatsache ist: Es gibt bereits gesetzliche Grundlagen, um die Biodiversität zu schützen und weiter zu fördern. Es braucht also kein neues Gesetz und schon gar keine Anpassung in der Verfassung dafür. In der Landwirtschaft dient unterdessen ein Fünftel aller Flächen zur Förderung der biologischen Vielfalt. Das entspricht mehr als 190'000 Hektaren oder fast der vierfachen Fläche des Bodensees. Hier bieten wir Hand, um deren Qualität und damit den Nutzen für die Artenvielfalt weiter zu verbessern. Die Landwirtschaft pflegt mehr als 35 Prozent unseres Landes. Bei den anderen 65 Prozent der Landesfläche kann man durchaus auch ansetzen, wenn es einem ernst ist.

Wir haben also schon riesige Flächen von Seiten der Landwirtschaft, die wir für die Förderung der Biodiversität einsetzen. Und trotzdem ist es den Initianten nicht genug. Es stellt sich deshalb die Frage: Wie wichtig ist es uns, dass wir unser Essen selbst produzieren – soweit das unsere Kapazitäten im Rahmen einer nachhaltigen Anbauweise zulassen? Jede Hektare Land, die wir zusätzlich aus der Produktion nehmen, bringt entsprechende Mehrimporte an Lebensmitteln mit sich. Und an diese stellen wir dann keine Bedingungen. Das ist für mich sehr heuchlerisch.